

KMU brauchen zusätzliche Unterstützung

Meinungsbeitrag zur Hilfe für Firmen in der Corona-Krise

Wochen nach dem Lockdown infolge der Covid-19-Pandemie zeigen sich die wirtschaftlichen Folgen der Krise immer deutlicher. Dramatisch sind die Auswirkungen vor allem für viele kleine und mittlere Unternehmen (KMU), die auf Anordnung des Bundesrates ihren Betrieb unterbrechen mussten. Um die verheerenden Folgen abzufedern, stellte unsere Regierung sehr rasch effiziente Hilfeleistungen auf die Beine. Mit den Überbrückungskrediten und den grosszügigen Massnahmen für Kurzarbeit können viele Firmen kurzfristig einen Teil ihrer Ausgaben kompensieren. Vor allem die Personalkosten werden aufgefangen, so dass tausende Arbeitsplätze gesichert werden können.

Dabei dürfen wir aber nicht vergessen, dass die Unternehmen auf anderen Fixkosten sitzen bleiben. Dazu zählen

beispielsweise die Ausgaben für Mieten, Unterhalts- oder Lagerkosten sowie Abschreibungen und Zinszahlungen. Gerade für KMU wiegen diese Kosten besonders schwer. Hier gibt es bis jetzt keine schweizweite Entlastung. Der Kanton Freiburg beschloss zwar interessante Massnahmen, um Selbstständige und Unternehmen bei den Mietzinsen für Geschäftsflächen zu entlasten. Aber die Unterstützung des Bundes ist auch in diesem Bereich dringend notwendig.

Aus diesem Grund muss der Bundesrat dafür sorgen, dass auch diese Fixkosten unserer KMU kompensiert werden, indem die öffentliche Hand einen Teil der Überbrückungskredite übernimmt. Mit dieser zusätzlichen Unterstützung können wir unsere KMU – die das Rückgrat unserer Wirtschaft bilden – nicht nur kurzfristig, sondern auch mittel- und längerfristig sichern.

**Christine Bulliard-Marbach,
Nationalrätin CVP, Ueberstorf**